

Kunst am Bau: Zumutung oder notwendig?

DEBATTE Spätestens seit dem zerbeulten Zaun bei der Kehrichtverbrennungsanlage brodelt Volkes Seele: Ist das Kunst oder eher Schrott? Und was soll Kunst im Polizeigebäude? Jetzt liegen Ideen von SVP und FDP auf dem Tisch, die eine Kontroverse auslösen.

Zwei Politiker haben sich am Mittwochabend in die Höhle des Löwen gewagt, ins Café des Arts. Das ist eine Diskussionsplattform in der Kunsthalle an der Marktgasse. Wer dort mit Ideen auftritt, die nur schon entfernt nach Sparen bei der Kultur riechen, hat einen schweren Stand.

Die beiden Politiker der Volkspartei und der Freisinnigen trafen beim Gespräch über das Thema «Dauerbrenner Kunst und Bau» auf einen Künstler, zwei Kulturmanagerinnen und einen Kunstkritiker, der als Moderator seine Meinung nicht verschwieg.

«Das finden Sie radikal?»

«Radikal» nannte Moderator Adrian Mebold den Vorschlag, den SVP-Präsident Simon Büchi im Gemeinderat einbrachte: «Kunst am Bau ist ein Luxus, auf den in finanziell angespannter Lage verzichtet werden kann», findet Büchi, der im Parlament allerdings bisher nur die eigenen Parteifreunde und den Piraten überzeugen konnte. «Finden Sie es radikal, in Zeiten der Finanznot zu sparen?», fragte Büchi zurück. «Einige Kunst-am-Bau-Werke generieren einfach zu wenig Nutzen. Und es ist viel schmerzloser, diese Gelder zu streichen, als ein Museum zu schliessen», sagte der sparsame Finanzfachmann und fand, die Leute der Kunstszene würden «in einer eigenen Welt leben».

«Kostenneutral und flexibel»

Einen milderen Vorschlag hielt FDP-Gemeinderat Christoph Magnusson bereit: Er will wegkommen von der Regel, dass die Stadt bei Bauten jeweils ein bis zwei Prozent der Baukosten für Kunst am Bau ausgibt. Im Falle des neuen Polizeigebäudes wären das knapp 800 000 Franken. Magnusson findet, die Polizeiwache, die KVA oder auch die Kläranlage seien die falschen Orte, um dort Kunstwerke zu platzieren. Er will deshalb nicht länger von Kunst am Bau sprechen, sondern plädiert für eine Umlagerung dieser Gelder in einen Jahreskredit für Kunst im öffentlichen Raum. «Kostenneutral und flexibel» sei sein Vorschlag, sagte Magnusson. «Man muss das Geld dort einsetzen, wo Kunstwerke

eine Wirkung haben. Das ist eine grosse Chance», ist er überzeugt.

«Eine Tradition ginge zu Ende»

Dieses Prozent-Prinzip einfach aufzuheben, das sei gefährlich, «keine Chance, sondern ein Risiko». Das entgegnete Franziska Gabriel, Projektleiterin im Bereich Kultur der Stadt Winterthur. Sie sehe keine zwingenden Gründe, die Praxis und die lange Tradition der Kunst-am-Bau-Finanzierung zu ändern. Zudem werde, um zu sparen, sehr oft schon heute nicht das volle Prozent ausgeschöpft. Beim Polizeigebäude seien es 0,7 Prozent der Bausumme. Das werde jeweils «projektbezogen beurteilt». Es kann allerdings auch geschehen, dass der Gemeinderat aus einer Sparlaune heraus einfach den ganzen Kunst-am-Bau-Anteil aus dem Kredit herausstreicht. So geschehen beim Schulhaus Zinzikon auf Antrag der Grünliberalen.

«Kunst am Bau muss bleiben»

An dieser Stelle intervenierten im Café des Arts zwei Leute aus dem Publikum. Donata Giansi, die bei der Raiffeisen-Bank landesweit für Kunst zuständig ist, plädierte vehement für das Prinzip Kunst am Bau: «Öffentliche Bauten müssen diesen künstlerischen Akzent haben. Sonst kann man die Bedeutung der Gebäude nicht mehr ordnen.» Der Architekt Toni Wirth befürchtet bei einer neuen Praxis: «Kunst-am-Bau-Kredite würden unweigerlich zusammengestrichen.» Es sei im Gegenteil nötig, das volle Prozent zu erhalten, «auch bei der Polizei, bei der KVA, und sogar bei Tiefbauten wäre ein Prozent nötig». Ein Prozent sei bei solchen Baukosten marginal.

Auch der Kunstschaffende und Architekt Christopher Hunziker wies die Meinung zurück, in einer Kläranlage sei ein Kunstwerk am falschen Ort, weil es nicht beachtet werde. Er habe erlebt, wie Kinder bei einem Besuch nicht nur eine Kläranlage, sondern auch sein Kunstwerk dort bestaunten: «An einem wichtigen Ort, der das mit Kot und Urin verschmutzte Wasser wieder trinkbar macht.»

«Kunst soll nicht nur gefallen»

Zurückhaltend auf dem Podium gab sich der Gast aus Zürich: Kris-



Der Zaun namens Cerberus von Katja Schenker rund um die KVA sieht nicht nur wellig aus, sondern hat auch eine Woge der Empörung ausgelöst. mad

EIN PLÄDOYER DER KÜNSTLERGRUPPE

«Weniger als die Brosamen der Reichen»

Sparen bei Kunst am Bau sei kleinlich und schade dem Ruf der Kunststadt Winterthur. Das schreibt die Künstlergruppe in einem neuen Positionspapier.

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion über die Finanzierung von Kunst-am-Bau-Projekten hat sich die Künstlergruppe Winterthur mit einem «Plädoyer für Kunst im öffentlichen Raum» zu Wort gemeldet, das hier in Teilen abgedruckt wird: «In jüngerer Zeit bewegt sich die Kunst im öffentlichen Raum auf unsicherem Terrain. Bei Neu- und Umbauten ist die künstlerische Gestaltung keine

Selbstverständlichkeit mehr. Diskussionslos wird da und dort der künstlerische Beitrag gestrichen, und neuere Kunstwerke im öffentlichen Raum werden in den Leserbriefspalten als Schrott, überflüssig und zu teuer verunglimpft. (...) Die Künstlergruppe Winterthur ist beunruhigt über die aktuellen Entwicklungen. Dass in einem schwierigen finanziellen Umfeld die Kunst im öffentlichen Raum als ein verzichtbarer Luxus dargestellt wird, ist kleinlich und kurzsichtig. Kurzsichtig deshalb, weil damit unser Ruf als Kunststadt auf dem Spiel steht. Kleinlich, weil für

die Kunst am Bau maximal ein bis zwei Prozent der Bausumme eingesetzt wird. Bei einem Bauvorhaben in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken sind das gerade mal 200 000 Franken. Das sind weniger als die berühmten Brosamen vom Tisch der Reichen. (...) Es gehört zum Wesen der Kunst, dass sie ihrer Zeit voraus ist. Sie bedient nicht die gewohnten Sehnmuster und eckt deshalb an. (...) Wenn eine Stadt aufhört, aktuelle Kunst zu fördern, berauben wir uns der Chance, die Kunst von heute an den Ansprüchen von morgen zu messen.» red

tin Bauer ist dort Projektleiterin bei der Fachstelle Kunst und Bau. Sie umriss, wie die Stadt Zürich die Kunst-am-Bau-Thematik handhabt. Budgetiert würden 0,3 bis 1,5 Prozent der Bausumme, im Schnitt «knapp unter 0,5 Prozent» (da wurden die Politiker sofort hellhörig). Man schaue schon früh auf Stufe Vorprojekt genau hin: «Was macht wo Sinn bezüglich öffentlicher Wirkung, Ort, Nutzung?» Man stelle sich auch die Frage, welche Kunstschaffenden mit der konkreten Situation umgehen könnten. Und auch die Nutzer des jeweiligen Gebäudes sassen mit am Tisch. Mit Blick auf die Winterthurer Diskussion sagte Kristin Bauer: «Kunst soll nicht nur provozieren oder gefallen. Sie hat immer einen ganz wichtigen Part in einer Stadt. Das sollte beibehalten und nicht aufs Spiel gesetzt werden.» Martin Gmür

Polizei musste Cowboy spielen

POLIZEIAKTION In Oberseen sind am frühen Donnerstagmorgen mehrere frei laufende Rinder gesichtet worden. Die Polizei konnte die ausgebüxten Tiere zusammentreiben.

Wer gestern am frühen Morgen bei der Haltestelle Stocken in Oberseen auf den Bus wartete, dürfte nicht schlecht gestaunt haben, als plötzlich eine Rinderherde vorbeimarschierte. Eine Facebook-Userin nahm den Vorfall flugs zum Anlass für einen morgendlichen Post in der Fangruppe «Du bist ein/e Winterthurer/in, wenn du...». «In Oberseen sind heute Morgen übrigens ein paar Kühe ausgebrochen», formulierte sie salopp.

In kurzer Zeit weit gekommen

Die Stadtpolizei Winterthur bestätigt den Vorfall. Sprecherin Bianca Liechti sagt auf Anfrage: «Gegen 5.30 Uhr ging bei uns die Meldung ein, dass die Kühe bei

der Kreuzung Eidbergstrasse/Weierholzstrasse gesichtet worden waren.» Die ausgerückten Polizisten konnten das frei laufende Vieh schliesslich auf einem Feld bei der Bachwiesenstrasse zusammentreiben und in Schach halten. «Die Rinder haben in kurzer Zeit einen ziemlich langen

Weg zurückgelegt», so Liechti. Von der Bushaltestelle Stocken bis zur Bachwiesenstrasse sind es rund eineinhalb Kilometer.

Die Polizei konnte schliesslich den Landwirt ausfindig machen, dem die Tiere gehören. Die Kühe sind unterdessen wieder wohlbehalten bei ihrem Besitzer. far



Zwei Stadtpolizisten bringen an der Landvogt-Waser-Strasse am frühen Donnerstagmorgen ausgebüxte Rinder unter Kontrolle. Stapo

Heikle Demo gegen Spital-AG

ABSTIMMUNG Am Samstag wollen Privatisierungsgegner vor dem KSW demonstrieren. Laut der Stadtpolizei ist die unbewilligte Kundgebung nicht statthaft.

Die SP Winterthur hat gestern im Namen des Komitees «Nein zur Privatisierung von KSW und IPW» zu einer Kundgebung beim Kantonsspital aufgerufen. «Wir treffen uns vor dem Spital und laufen mit Ballonen und eventuell kleinen Plakaten vorbei», erklärt Organisatorin Eveline Kunz. Sie seien mindestens 40 Personen, gewünscht seien aber so viele Teilnehmer wie möglich.

Den Begriff Demonstration vermeidet die Verantwortliche, weil die Kundgebung nicht bewilligt ist. Die Polizeiverordnung der Stadt schreibt allerdings vor, dass «die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes» einer Bewilligung bedürfe. Eine

solche könne online bis zehn Tage vor dem Veranstaltungstermin eingereicht werden, sagt Polizeisprecherin Bianca Liechti, in dringenden Fällen je nach Grösse der Demonstration auch kurzfristiger, allerdings mit zusätzlichen Kosten. Und: «Demonstrationen werden in aller Regel bewilligt.»

Bei der SP nimmt man es offenbar nicht so genau mit der Bewilligung. «Wie viele Personen wir genau sind, sehen wir erst am Samstag», sagt Kunz nur. Hintegen anerkennt sie, dass die Abgabe von Flugblättern bewilligungspflichtig wäre: «Wir werden keine Flyer verteilen.»

Spital wusste von nichts

KSW-Sprecher André Haas ist überrascht: «Ich wusste nichts von der Kundgebung.» Man habe eine sogenannte Fürsorgepflicht, deshalb könnten auf dem Spitalareal selbst keine Demonstrationen stattfinden; im Aufruf der Veranstalter wird als Treffpunkt

der Veloparkplatz bei der Passerelle angegeben. Kunz beschwichtigt: «Wir sind mit den Verantwortlichen des KSW im Gespräch, das wird keine Probleme geben.»

«Werbung auf Steuerkosten»

«Wir wollen ein symbolisches Zeichen setzen», sagt die Organisatorin. Sie kritisiert ferner die Kommunikation des Spitals: «Das KSW wirbt mit Steuergeldern für die Privatisierung.» Angesprochen ist die Broschüre «100 Jahre Spezialisierung», welche das KSW Anfang April zum Jubiläum der Dreiteilung des Spitals in Medizin, Chirurgie und Frauenheilkunde verschickte.

Dazu sagt Haas: «Da die Abstimmung für uns sehr wichtig ist, ergreifen wir die Gelegenheit, auch auf diesem Weg auf die Abstimmung und die Positionierung des KSW hinzuweisen.» Die Seite habe zu keinen zusätzlichen Ausgaben des KSW geführt. leh